

16/SN-63/ME XVII. GP - Stellungnahme (gescanntes Original) 16/SN-63/ME³

PRÄSIDENTENKONFERENZ
DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN
ÖSTERREICH

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament
1010 Wien

63.02.9.87

Datum:	22. OKT. 1987
Verf.:	23. OKT. 1987

Hage

H. Fitzwanger

Wien, am 19. Oktober 1987

Betreff: Entwurf eines Bundesverfassungs-
gesetzes, mit dem das Bundes-Ver-
fassungsgesetz in der Fassung von
1929 geändert wird

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Öster-
reichs übermittelt in der Anlage 25 Exemplare ihrer Stell-
lungnahme zu dem im Betreff genannten Entwurf.

Für den Generalsekretär:



25 Beilagen

PRÄSIDENTENKONFERENZ **ABSCHRIFT**
DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN
ÖSTERREICHS

Ab sofort erreichen Sie uns unter
der neuen Telefonnummer 53 441

An das
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2
1014 Wien

Wien, am 19.10.1987

Ihr Zeichen/Schreiben vom:
601.999/13-V/1/87 1.9.1987

Unser Zeichen: Durchwahl:
R-987/R 515

Betreff: Entwurf eines Bundesverfas-
sungsgesetzes, mit dem das
Bundes-Verfassungsgesetz in
der Fassung von 1929 geändert
wird

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Öster-
reichs beehrt sich, dem Bundeskanzleramt zu dem im Betreff
genannten Entwurf folgende Stellungnahme bekanntzugeben:

Im gegenständlichen Entwurf wird als Lösung die verfas-
sungsrechtliche Verankerung des Milizsystems angeboten,
jedoch würde verfassungsgesetzlich auch die Schaffung eines
Berufsheeres möglich sein. Im Entwurf selbst gibt es dazu
keine Ausführungen, so daß anscheinend eine Alternative
von vornherein nicht zu diskutieren ist.

Das Milizsystem gründet sich auf Kader- und Truppenübungen,
die verpflichtend vorgeschrieben sind und im Wege regelmäßig
wiederkehrender Einberufungen durchgeführt werden. Nur
bei besonders rücksichtswürdigen wirtschaftlichen oder
familiären Interessen wird eine Befreiung ausgesprochen.

- 2 -

In den Erläuterungen zum Entwurf wird darauf verwiesen, daß sich das Milizprinzip nicht nur in organisatorischen Kriterien erschöpft, sondern daß es eine Gesinnung voraussetzt, die Landesverteidigung als eine Gemeinschaftsaufgabe zu verstehen, zu deren Bewältigung es der Leistungsbereitschaft des Einzelnen für die Gemeinschaft bedarf. Die zwangsweise Einberufung kann sohin kaum jener Gesinnung förderlich sein, wenn nicht dafür erhebliche Leistungsanreize im Rahmen einer einfachgesetzlichen Regelung geschaffen werden, denn für ein besseres Verständnis der umfassenden Landesverteidigung werden letztlich vor allem auch materielle Anreize ausschlaggebend sein. Es wird daher, abgesehen von einer höheren Entschädigung für diese Übungen, zusätzlich eine Steuerbegünstigung in Form eines Milizkaderfreibetrages in Höhe von S 5.000,-- pro Jahr vorgeschlagen, und zwar für solange, als eine Beordnung in einer Kaderfunktion besteht und solange der Übungsverpflichtung regelmäßig nachgekommen wird.

Auch bei Kleinbetrieben sind die Belastungen, die sich aus der Truppenübungs- und Kaderübungsverpflichtung ihrer Dienstnehmer ergeben, nicht zu unterschätzen. Aus diesem Grund sollte auch für die Arbeitgeber ein Arbeitgeberabsetzbetrag für jeden in seinem Betrieb zu regelmäßigen Übungen einzuberufenden Milizsoldaten bzw. Kaderangehörigen in geeigneter Höhe geschaffen werden.

- - - - -

Das Präsidium des Nationalrates wird von dieser Stellungnahme durch Übersendung von 25 Exemplaren in Kenntnis gesetzt.

Der Präsident:
gez. Ing. Derfler

Der Generalsekretär:
gez. Dr. Kerbl